



**RITA  
SCHWARZELÜHR-  
SUTTER**

**Für Sie im  
Deutschen Bundestag**



# Newsletter

---

vom 25. Mai 2021

---

## Die Themen aus Berlin und dem Wahlkreis im Überblick

|                                                                                     |    |
|-------------------------------------------------------------------------------------|----|
| 80 Lösungswege führen in ein klimaneutrales Deutschland .....                       | 1  |
| So stärken wir den Betriebsräten jetzt den Rücken .....                             | 3  |
| Das verbesserte Urheberrecht für Künstler:innen .....                               | 5  |
| Mehr Biss für die Finanzaufsicht .....                                              | 6  |
| Kükenschreddern wird jetzt endlich verboten .....                                   | 7  |
| MEIN NEUER NACHRICHTENKANAL! Folge mir auf Telegram .....                           | 7  |
| „Wenn Du ein Haus baust, dann denke an die Stadt“ .....                             | 8  |
| <b><u>WIR.MACHEN.ZUKUNFT.</u></b> Das neue Wir .....                                | 10 |
| Raus aus Corona_1: Mit der Test-Strategie der Bonndorfer .....                      | 11 |
| Raus aus Corona_2: Wo die Bad Säckinger Sportler der Schuh drückt .....             | 11 |
| Exzellenz trotz Corona: Schmetterlingspädagogik verleiht dem Lernen Flügel .....    | 12 |
| MdB intervenieren gegen Stellenabbau: Ausbildungsplätze bei Telekom erhalten! ..... | 13 |
| Das BMU fördert ein beispielhaftes Energie-Netzwerk im Südwesten .....              | 15 |
| Geld für Denkmalschutz_1: 40.000 Euro für Fridolin-Merklin-Orgel .....              | 16 |
| Bienen lieben die Vielfalt .....                                                    | 16 |
| MITMACHEN! Ab sofort für Deutschen Kita-Preis 2022 bewerben .....                   | 17 |

# NEUES AUS BERLIN



## 80 Lösungswege führen in ein klimaneutrales Deutschland

**In einer breiten Dialogreihe hat das Bundesumweltministerium mehr als 80 Lösungswege für den Weg in ein klimaneutrales Deutschland im Jahr 2045 entwickelt. Dabei sind im Laufe eines Jahres mehr als 130 gesellschaftliche Akteure aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft, Umwelt- und Jugendverbänden ins Gespräch gekommen.**

Die Dialogreihe stand unter dem Titel: „Wir schafft Wunder – Fortschritt sozial und ökologisch gestalten“. Einer der mehr als 80 Lösungswege sind neue Klimaschutzverträge, mit denen der Staat Industrieunternehmen bei der Umstellung auf klimaneutrale Produktionsprozesse unterstützt.

„Zielzahlen und Grenzwerte sind wichtig für die Umweltpolitik. Aber für die große Aufgabe, die vor uns liegt, brauchen wir mehr als das. Unsere Gesellschaft braucht positive Ideen davon, wie gut es sich im klimaneutralen Deutschland in 25 Jahren leben lässt – und viele durchdachte Lösungswege, um dorthin zu kommen. Eine solche Gemeinschaftsaufgabe beginnt mit einem motivierenden, vielleicht sogar identitätsstiftenden Zukunftsbild“, sagt Bundesumweltministerin Svenja Schulze.

Ergebnis der Dialogreihe sind neun konkrete Zukunftsbilder, die beschreiben, wie unser Leben, unsere Wirtschaft, unsere Arbeit und unser Konsum zur Mitte des Jahrhunderts aussehen könnten, wenn wir Klima und Umwelt konsequent schützen und die biologische Vielfalt erhalten. Sie zeigen auch, auf welchen Lösungswegen diese Zukunft erreicht werden kann.

Eines davon ist das Zukunftsbild der klimaneutral wirtschaftenden Industrie: Deutschland ist 2045 noch immer eines der innovativsten und wirtschaftlich stärksten Industrieländer in der Welt. Die Industrie ist weiter ein Garant für Wohlstand und wirtschaftlichen Erfolg. Sie steht zugleich für Treibhausgas-Neutralität, höchste Effizienz und Nachhaltigkeit. Ihre Produkte sind weltweit gefragt. Und sie ist damit Garant für gute Arbeitsplätze in zahlreichen Branchen. Dabei spielen sowohl die Grundstoffindustrien als auch die darauf aufbauenden

---

Wertschöpfungsketten eine wichtige Rolle. (...) Klimaschutz hat Deutschland zum Technologieführer in vielen Schlüsselbranchen gemacht. Windkraftanlagen, grüner Stahl, Elektrolyseure und E-Mobilität "Made in Germany" sind Beispiele für die neuen Exportschlager.

Ein vom Bundesumweltministerium identifizierter Lösungsweg sind sogenannte Klimaschutzverträge, auch "Carbon Contracts for Difference" genannt. Der Staat federt die höheren Betriebskosten von Klimaschutz-Technologien übergangsweise ab - etwa in der Stahlproduktion, wenn grüner Wasserstoff anstelle billigerer fossiler Rohstoffe eingesetzt wird. Klimaschutzverträge können so zum zentralen Hebel werden, um transformativen Verfahren in der industriellen Produktion zur Marktreife und zum Marktdurchbruch zu verhelfen. So gewonnene Wettbewerbsfähigkeit und Planungssicherheit kann helfen, gute Arbeitsplätze und Wertschöpfungsketten in Deutschland zu sichern.

Mit dem Förderprogramm „Dekarbonisierung der Industrie“ unterstützt das Bundesumweltministerium bereits Investitionen in neue CO<sub>2</sub>-arme oder CO<sub>2</sub>-freie Produktionsprozesse. Klimaschutzverträge könnten diese Förderung wirksam ergänzen, indem sie die höheren Betriebskosten übergangsweise ausgleichen bis die neuen Technologien durch Skaleneffekte, die Schaffung grüner Leitmärkte für CO<sub>2</sub>-freie Produkte und steigende CO<sub>2</sub>-Bepreisung wettbewerbsfähig sind. Das Prinzip: Je höher der CO<sub>2</sub>-Preis im EU-Emissionshandel, desto geringer der vertraglich vereinbarte Zuschuss.

Das Bundesumweltministerium entwickelt derzeit ein Pilotprogramm für Klimaschutzverträge für die Stahl-,

Zement-, Kalk- und Ammoniakindustrie, das 2022 starten soll. Gefördert werden sollen Projekte im industriellen Maßstab, die zu einer erheblichen Emissionsminderung führen und zum Ziel der Klimaneutralität 2045 passen. Darauf aufbauend kann das Programm abhängig von den verfügbaren Finanzmitteln auf weitere Branchen ausgedehnt werden.

Zu allen Ergebnissen der Dialogreihe mit allen Zukunftsbildern und allen Lösungswegen geht es unter dem Link [www.bmu.de/wir-schafft-wunder/](http://www.bmu.de/wir-schafft-wunder/)

---

## So stärken wir den Betriebsräten jetzt den Rücken

**Das Recht der Beschäftigten, in den Unternehmen mitzubestimmen, wird zunehmend in Frage gestellt. Nun sollen die Betriebsräte gestärkt und fit für die Zukunft gemacht werden. Die Verbesserungen im Überblick.**

„Überall, wo es Betriebsräte und mit ihnen betriebliche Mitbestimmung gibt, ist Arbeit sicherer und besser geschützt. Aber betriebliche Mitbestimmung fällt nicht vom Himmel, sondern musste und muss weiter hart erkämpft werden. Und sie wird immer noch fast täglich in Frage gestellt und Mitbestimmungsrechte unterlaufen oder Mitbestimmung gar aktiv verhindert“, sagt Katja Mast, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion.

Deshalb setzt sich die SPD-Fraktion dafür ein, dass diejenigen, die einen Betriebsrat gründen wollen, besser geschützt werden und mehr Rechte bekommen. Dazu hat Arbeitsminister Hubertus Heil ein Gesetz zur Betriebsrätemodernisierung entworfen, das der Bundestag in dieser Woche verabschiedet hat. Das sind die wichtigsten Verbesserungen:

### **Ausweitung des vereinfachten Wahlverfahrens**

Betriebsratswahlen sind zentral für die Legitimation der Betriebsräte. Für kleinere Betriebe gibt es ein verein-

fachtes Wahlverfahren, es ist schneller und braucht weniger Formalitäten. Dieses vereinfachte Verfahren sollen mehr Beschäftigte und Betriebe nutzen können: Denn die Erfahrungen in den Betrieben, die das vereinfachte Verfahren nutzen, zeigen: Es macht Betriebsratsgründungen leichter. Zudem wird durch eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre dafür gesorgt, dass auch jugendliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei den Betriebsratswahlen wahlberechtigt sind.

### **Einfacher Wahlvorschläge machen**

Damit wahlberechtigte Arbeitnehmer\*innen Wahlvorschläge zur Wahl eines Betriebsrats machen können, müssen Unterstützungsunterschriften gesammelt werden. Um künftig mehr Beschäftigte zu motivieren, sich zur Wahl zu stellen, werden die Schwellen zur Aufstellung eines Wahlvorschlages gesenkt. So müssen in Betrieben mit bis zu 20 Beschäftigten keine Unterschriften mehr vorliegen, in Betrieben mit mehr als 20 bis 100 Beschäftigten reichen künftig schon zwei unterstützende Unterschriften. Bei größeren Betrieben muss jeder zwanzigste Wahlberechtigte seine Unterstützung dokumentieren, 50 Unterschriften reichen immer.

### **Mehr Schutz für Betriebsratsgründer\*innen vor Kündigungen**

Gerade bei Neugründungen von Betriebsräten wird immer wieder versucht, eine Wahl zu verhindern und Initiator\*innen zu kündigen. In einer Befragung hauptamtlicher Gewerkschafter (IGM, IGBCE, NGG) gab es



---

bei jeder siebten erstmaligen Betriebsratswahl Behinderungsversuche durch den Arbeitgeber. Deshalb soll es jetzt mehr Schutz für die Betriebsratswahlen geben, insbesondere gegen Kündigungen.

Bisher gibt es nur für die ersten drei Personen, die zu einer Wahlversammlung einladen, einen Kündigungsschutz vor ordentlichen Kündigungen. Künftig sollen es sechs Personen sein. Vorbereitungen zu einer Betriebsratswahl und die Versuche, Betriebsratswahlen zu behindern, beginnen aber schon, bevor überhaupt eine Einladung versandt wird. Daher sollen auch in dieser Vorfeld-Phase Initiator\*innen vor ordentlichen verhaltens- und personenbedingten Kündigungen geschützt sein, wenn sie eine beglaubigte Erklärung abgeben, dass sie einen Betriebsrat gründen wollen und mit Vorbereitungen zur Gründung eines Betriebsrats beginnen.

### **Mehr Mitbestimmung bei Weiterbildung**

Die SPD-Fraktion will die Rechte der Betriebsräte bei der Weiterbildung stärken und das allgemeine Initiativrecht der Betriebsräte für Weiterbildung verbessern: Bei Fragen der Berufsbildung soll nicht nur mit dem Arbeitgeber beraten werden können, sondern es müssen sich beide Seiten auch auf konkrete Weiterbildungsmaßnahmen einigen. Gelingt ihnen keine Einigung, kann jede Seite die Einigungsstelle um Vermittlung anrufen, um eine Einigung zu erzielen.

### **Mehr Mitbestimmung bei künstlicher Intelligenz im Betrieb**

Künstliche Intelligenz (KI) kann bei der Personalauswahl, aber auch bei Arbeitsverfahren und -abläufen eingesetzt werden. Es soll daher klargestellt werden, dass der Betriebsrat bei Auswahlrichtlinien für Einstellungen, Versetzungen, Umgruppierungen und Kündigungen sowie bei der Planung von Arbeitsverfahren und -abläufen unverändert mitzubestimmen hat, auch wenn KI genutzt wird.

### **Mehr Mitbestimmung bei mobiler Arbeit**

Um betriebliche Regelungen zur mobilen Arbeit zu fördern, schaffen wir ein Mitbestimmungsrecht bei der Ausgestaltung mobiler Arbeit. So können die Betriebsräte für einen einheitlichen und verbindlichen Rechtsrahmen bei mobiler Arbeit eintreten.

Die SPD-Fraktion konnte zudem durchsetzen, dass mit einer ergänzenden Regelung der gesetzliche Unfallversicherungsschutz im Homeoffice verbessert wird. Der Unfallversicherungsschutz wird erweitert für privat veranlasste Wege im Homeoffice während der Arbeitszeit, auch der Weg zu/von der Kinderbetreuungseinrichtungen ist bei Tätigkeit im Homeoffice geschützt.

---

## Das verbesserte Urheberrecht für Künstler:innen

### **Das Urheberrecht wurde angepasst, damit Künstler:innen für digitale Verwertungen ihrer Werke angemessenen bezahlt werden.**

Der Bundestag hat neue Regeln beschlossen, mit denen das Urheberrecht auf die Anwendung im Internet angepasst wird. Künftig haften Betreiber von Plattformen für Inhalte ihrer Nutzer urheberrechtlich, wenn diese geschützte Werke wie Bilder, Texte oder Videos hochladen.

„Die Koalitionsfraktionen haben eine Einigung für ein ausgewogenes und modernes Urheberrecht erzielt, damit Künstler für digitale Verwertungen ihrer Werke angemessenen bezahlt werden. Dabei ist uns ein fairer Ausgleich aller Interessen gelungen“, sagte der rechtspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Johannes Fechner.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat noch einmal deutliche Verbesserungen für die Künstlerinnen und Künstler erreicht. Sie haben jetzt verbesserten Anspruch auf Auskunft über den Umfang, in dem Plattformen und Streamingdienste ihre Werke nutzen und die Erträge daraus. Dadurch wird die gesamte Verwertungskette transparenter, so dass Künstlerinnen und Künstler angemessene Vergütungen durchsetzen können.

Um zu verhindern, dass Künstlerinnen und Künstler, die Vergütungen einklagen, auf einer schwarzen Liste landen, hätte die SPD-Fraktion gerne ein Verbandsklagerecht gegen unangemessen niedrige Vergütungen eingeführt. Das war mit der Union leider nicht zu machen. Für Nutzerinnen und Nutzer hat die SPD-Fraktion erreicht, dass die gängigen Nutzungsformen wie zum Beispiel Karikatur und Parodie ohne besondere Zweckbindung erlaubt bleiben. Zudem wurde auf Druck der SPD-Fraktion die Vergütungspflicht für gesetzlich erlaubte Zitate wieder gestrichen und die Haftungsregelungen für Plattformen so verändert, dass kein Anreiz entsteht, im Streitfall lieber zu blockieren als einen Inhalt online zu belassen.

Die Corona-Pandemie hat noch einmal deutlich gezeigt, wie wichtig digitales Lernen ist. Die SPD-Bundestagsfraktion hat durchgesetzt, dass Schulen und Universitäten urheberrechtlich geschützte Werke auch künftig für Lehre und Forschung nutzen können. Die entsprechende Schrankenregelung für Forschung und Bildung drohte 2023 auszulaufen. Es wird Anspruch auf Zugang zu Daten von Plattformen für die Forschung eingeführt.

Premiuminhalte wie Liveübertragungen von Fußballspielen fallen für die Dauer der Live-Übertragung nicht unter die Regelungen zu mutmaßlich erlaubten Nutzungen und können somit wie bisher weiter exklusiv vermarktet werden. Die Forderung der SPD-Fraktion, die Ausnahme für Live-Sportevents auf wenige Stunden nach Ende der Live-Übertragung zu erweitern, hat die Union abgelehnt.

---

## Mehr Biss für die Finanzaufsicht

**Nach dem Finanzskandal um den mittlerweile insolventen Zahlungsabwickler Wirecard hat der Bundestag neue Regeln für die Wirtschaftsprüfer und die Finanzaufsichtsbehörde BaFin beschlossen.**

Mit dem Finanzmarktintegrationsstärkungsgesetz (FISG) werden gesetzgeberische Konsequenzen aus dem Skandal gezogen. Die Strukturen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) werden gestrafft, die Haftung der Wirtschaftsprüfer deutlich verschärft und die Bilanzkontrolle einstufig organisiert.

„Das FISG ist das erste Gesetz, mit dem Konsequenzen aus dem Wirecard-Betrugsskandal gezogen werden. Wir geben der künftigen BaFin-Leitung mehr Kompetenzen und stärken den finanziellen Verbraucherschutz. So erhält die Finanzaufsicht nochmal deutlich mehr Biss“.

Eine zentrale Rolle im Wirecard-Skandal nehmen die Wirtschaftsprüfer ein. Deshalb werden nun die Rotationsfristen verkürzt und die Haftung für fehlerhaftes Verhalten verschärft. So wird, wie in anderen großen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, gegenüber Unternehmen von öffentlichem Interesse die unbeschränkte Haftung bei grober Fahrlässigkeit eingeführt.

Weil der Bundesfinanzminister und die SPD-Fraktion im Bundestag im

Sommer 2020 auf gesetzliche Änderungen gedrängt haben, konnte das Gesetz jetzt auf den Weg gebracht werden. In den parlamentarischen Beratungen wurden noch Erkenntnisse aus der Arbeit des Untersuchungsausschusses eingearbeitet. So wird die Abschlussprüferaufsichtsstelle der Wirtschaftsprüfer (APAS) zu mehr Transparenz und besserer Kommunikation verpflichtet.

Die Finanzaufsicht ist zukünftig direkt für die Bilanzkontrolle zuständig. Die sogenannte Bilanzpolizei ist Geschichte und wird in die BaFin integriert. Damit kann sie künftig eigenständig forensische Prüfungen durchführen.

Darüber hinaus fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, in allen Bundesoberbehörden wirksame Integritäts-Regelungen für Finanzgeschäfte ihrer Beschäftigten einzuführen. Durch klare Regelungen muss insbesondere bei finanzmarktsensiblen Informationen auch nur der Anschein einer Vorteilsnahme ausgeschlossen werden.



## Kükenschreddern wird jetzt endlich verboten

**Das Töten von Küken in der Hühnerhaltung wird ab 2022 verboten. Die SPD-Fraktion hat sich dabei gegen die Union durchgesetzt, die an einer Vereinbarung mit der Geflügelindustrie festgehalten hatte.**

Beim Erbrüten von Legehennen schlüpfen jedes Jahr in Deutschland rund 45 Millionen männliche Küken. Die große Mehrheit davon wird direkt nach dem Schlüpfen getötet, da sie keine Eier legen und nicht als Masttiere verwendet werden können. Dem wird nun ein Riegel vorgeschoben.

Der Bundestag hat in dieser Woche ein Gesetz verabschiedet, das das Töten von Küken in der Hühnerhaltung ab 2022 verbietet. Die SPD-Fraktion hat sich dabei gegen die Union durchgesetzt, die noch bis zum vorigen Jahr an einer freiwilligen Vereinbarung mit der Geflügelindustrie festgehalten hatte.

Als Alternative zum Kükentöten gibt es verschiedene Verfahren, mit deren Hilfe das Geschlecht eines Kükens bereits vor dem Schlüpfen bestimmt werden kann. Um Schmerzen für das Kükenembryo im Ei auszuschließen, sieht der Entwurf darüber hinaus vor, dass ab 2024 die Geschlechtsbestimmung im Ei und die Abtötung der männlichen Embryonen ab dem siebten Bruttag verboten wird.

## MEIN NEUER NACHRICHTENKANAL!



[http://t.me /ritaschwarzueluehrsutter](http://t.me/ritaschwarzueluehrsutter)



[Twitter.com/rischwasu](https://twitter.com/rischwasu)



[Instagram.com/rischwasu](https://www.instagram.com/rischwasu)



[facebook.com/schwarzueluehr-sutter](https://www.facebook.com/schwarzueluehr-sutter)

# AUS DER REGION

„Wenn Du ein Haus baust, dann denke an die Stadt“



**WIR.MACHEN.ZUKUNFT.** Und müssen uns zurückbesinnen. Auf den Wert der Stadtmitte oder des Ortskerns. Das läuft gegen den bisherigen Trend. Aber für die Transformation unseres Lebens wird es wichtig werden, dass wir dort eine neue Willkommenskultur entwickeln, die das Erlebnis wieder über Einkauf und Gastronomie hinaushebt. Das erfordert wirkliche gute Ideen für den Ausgleich von Interessen.

„Wenn Du ein Haus baust, dann denke an die Stadt“, mit diesem Satz rücken Stadtplaner das Urbane verstärkt als Lebensmittelpunkt für die Zukunft ins Bewusstsein. Und genau mit diesem Satz fokussierte Professor Dr. Carsten Kühl im OnlineDialog mit der Bundestagsabgeordneten Rita Schwarzelühr-Sutter die Revitalisierung der Ortszentren als Aufgabe.

Der wissenschaftliche Direktor und Geschäftsführer des Deutschen Instituts für Urbanistik war Impulsgeber der jüngsten Ausgabe von **Wir.Machen.Zukunft.**, der

digitalen Dialogreihe, mit der Schwarzelühr-Sutter Stakeholder:innen und Mitbürger:innen in ihrem Wahlkreis Impulse für die Gestaltung und Realisierung nachhaltiger Zukunftspläne nach Corona geben möchte.

Wie eng die Wiederbelebung der Städte und Gemeinden nach drei Corona-Lockdowns mit der Transformation der Gesellschaft und der

Wirtschaft in eine klimafreundliche Welt verzahnt ist, machte Professor Kühl gleich zu Beginn des Dialogs deutlich. Die Corona-Pandemie habe den Klimaschutz nicht verdrängt, sondern das Thema verstärkt. Die Notwendigkeit der Transformation sei jetzt nicht mehr verhandelbar, so sein Fazit. Kommunen und ihre Bewohner:innen müssten sich dieser Aufgabe in den kommenden Jahren in einem örtlichen Diskurs stellen.

Für die Wahlkreisregion der SPD-Bundestagsabgeordneten bilanzierte Dr. Carsten Kühl für all das eine gute Ausgangslage:

- Prosperierend und mit einer guten Branchen-/Wirtschaftsstruktur
- Kleinstädtische Region mit Blick in die Schweiz und nach Freiburg

- Touristisch geprägt und deshalb von der Pandemie hart betroffen
- Durch die grenzüberschreitenden Verbindungen insgesamt „keine leidende Region“

Das darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass schon seit etlichen Jahren sowohl in großen als auch in kleinen Ortszentren ein allgemeiner Veränderungsprozess läuft, der zum „Leerzug“ von innerörtlichen Flächen führt. Einkaufshäuser verschwinden aus dem Ortsbild, die Konzepte von Fußgängerzonen stammen aus den 70er Jahren und die durch Corona jetzt forcierten Experimente wie der Onlinehandel und das Homeoffice verstärken den Druck auf den lokalen Einzelhandel. Hinzu kommt, dass Einfamilienhäuser im Baugebiet oder in der umliegenden Landgemeinde der Stadtwohnung vorgezogen werden, was weiteren Leerzug provoziert.

### **Neu verdichten und durchmischen**

Das Potential der Ortsmitten liegt zunehmend brach, reduziert sich mitunter auf das Einkaufs- und Gastronomie-Erlebnis. Und das nicht erst seit Corona. Eines der Argumente, die dieser Entwicklung entgegenwirken könnte, ist der rasch wachsende Flächenverbrauch. Hier umzudenken könnte den Ortszentren ebenso Bedeutung zurückgeben wie die Verwirklichung neuer Mobilitätskonzepte. Innenstädte könnten zum Nukleus von Veränderungen werden, sagt Professor Carsten Kühl und gibt dazu einige Hinweise:

- Das direkte Einkaufserlebnis gebe es weiter nur im stationären Handel. Im Wettbewerb gegen den internationalen Onlinehandel könnten hybride Verkaufskonzepte in Eigenregie Ansatzpunkte sein.
- Lokaler Handel verdiene einen fairen Wettbewerb. Ob Paketsteuern ein richtiger Regulierungsansatz sei, bleibe fraglich. Die gerechte Besteuerung der internationalen Großkonzerne wäre wirksamer.

- Die Überbrückungshilfen und temporären Insolvenzregeln während der Pandemie seien wichtige Maßnahmen, um den Leerzugsprozess zu verlangsamen.
- Neue und nachhaltige Nutzungskonzepte zu entwickeln, brauche Zeit. Drohende Leerstände können durch geförderte Nutzungen, beispielsweise für soziale oder kulturelle Räume überbrückt werden.
- Mehrgenerationenhäuser seien erprobte Ansätze, durchmisches Leben in die Stadthäuser zurückzubringen und die Sozial- und Wirtschaftsstrukturen neu zu festigen.

Wir müssen den Bürger:innen zeigen, wo künftig der Mehrwert liegt, wenn wir Lebensräume konzentrieren und verdichten und mit innovativen Lebenskonzepten für eine neue Durchmischung der Interessen sorgen. „Die Transformation ist Aufgabe der Städte und Gemeinden“, sagt Carsten Kühl. Keine einfache Aufgabe, denn bei den heute fälligen Entscheidungen müssen vielfältige Generationenwünsche berücksichtigt werden. Das sollten wir eigentlich nicht erst wissen, nachdem das Bundesverfassungsgericht die Generationengerechtigkeit in der Klimafrage eingefordert hat. Was dort im Großen eingefordert wird, muss spätestens jetzt auch zur Leitlinie auf kommunaler Ebene werden. Denn Klimaschutz wird in regionaler Regie und von allen Bürger:innen gemacht.

Auf dem Weg in diese Zukunft wird die Gesellschaft den Interessensausgleich neu üben müssen. Es wird nicht nur der Widerspruch zwischen einem Rückzugsort und einem lebendigen Lebensmittelpunkt aufzulösen sein. Das erfordert einen breiten partizipativen Ansatz, der nach Einschätzung von Professor Carsten Kühl von den Bürgermeistern ausgehen sollte. Die Bürgerbeteiligung sei in dieser Frage sehr wichtig. Im Online-Dialog war sie bereits da. Hören Sie alle Argumente hier:

### **Neue Vitalität für die Innenstadt**



## **WIR.MACHEN.ZUKUNFT.**

### **Das neue Wir**

**MdB Rita Schwarzelühr-Sutter trifft im OnlineDialog auf Prof. Dr. Maja Göpel, Autorin von „Unsere Welt neu denken“**

Corona hat unseren Alltag umgekrempelt, bisherige Konsum-Muster gesprengt und zu klaren Prioritäten genötigt. Nach der Krise können wir eine Aufholjagd starten, die das alles vergessen lassen soll – oder die Chance ergreifen, für unser künftiges Zusammenleben zu lernen und eine neue Normalität anzustreben.

Wie schnell wir unter Umständen bereit sind, unser Konsumverhalten radikal zu ändern, hat sich zu Beginn der Pandemie gezeigt: Toilettenpapier und Grundnahrungsmittel haben den Platz im Warenkorb beansprucht. Mit jeder neuen Corona-Welle hat sich der Konsum danach neu angepasst: Keine Hamsterkäufe mehr, dafür sind Lebensmittel im Wert gestiegen. Mehr Geld wird für gutes Essen zuhause ausgegeben – für viele jetzt auch eine

Investition in die Gesundheit. Aber nicht jeder kann sich das auch leisten, weil zugleich Arbeitsplätze und Einkommen in Gefahr sind.

Die Lockdowns unterdrücken den gewohnten Impuls, dass wir uns jederzeit alles verfügbar machen können. Die Frage, was für eine gute Lebensqualität in Zukunft wirklich wichtig ist, und welchen Preis wir dafür zu zahlen bereit sind, gewinnt an Bedeutung. Die Pandemie verdrängt nicht etwa die Klimadebatte, sondern die sozialen und die ökologischen Werte summieren sich zu einer Verschiebung in unserer Lebensgleichung auf.

In der nächsten Ausgabe ihrer digitalen Dialogreihe **WIR.MACHEN ZUKUNFT.** trifft Rita Schwarzelühr-Sutter auf Professor Dr. Maja Göpel, die Hamburger Transformationsforscherin und Nachhaltigkeitswissenschaftlerin. Mit einem Impulsvortrag wird sie zu Beginn der ca. 90-minütigen Diskussionsrunde mit einigen Impulsgedanken dazu einladen, neu über die Welt zu denken: **„Das neue Wir. Wenn Normalität zerbricht, lohnt es sich, über ihre Sinnhaftigkeit nachzudenken.“**

Dieser OnlineDialog findet statt als Zoomkonferenz am Mittwoch, 2. Juni 2021, 19:00 Uhr. Die Gäste werden über den begleitenden Chat und mit direkten Stellungnahmen in den Diskurs eingebunden. Nach einer [Anmeldung per Mail](#) an [rita.schwarzueluehr-sutter@bundestag.de](mailto:rita.schwarzueluehr-sutter@bundestag.de) werden am Tag vor der Veranstaltung Zugangsdaten für die Onlinekonferenz verschickt. Weitere Informationen zum Thema und zu dieser Veranstaltungsreihe gibt es [hier](#).



## Raus aus Corona\_1: Mit der Test-Strategie der Bonndorfer



Foto: Frank Tilmann

Unser gemeinsames Ziel ist doch klar: Corona weiter einzudämmen und dabei sichere Öffnungsschritte ermöglichen. Testen und Impfen bleiben dafür die wichtigsten Instrumente.

Eine Herzensangelegenheit ist mir dabei, dass unsere Schulen und Kitas offen bleiben können. Kinder brauchen Bildung und soziale Kontakte. Gleichzeitig müssen wir Kinder und Jugendliche vor möglichen Infektionen schützen. Das heißt: testen, testen, testen.

Deshalb war Rita Schwarzelühr-Sutter zu Besuch in Bonndorf im Schwarzwald und hat sich die Teststrategie der Stadt und die „Lolli-Tests“ in der Kita Wunderfitz von den Kleinsten - mit vollem Genuss - vorführen lassen. Zweimal die Woche werden hier Schnelltests angeboten – hier machen fast alle Kinder freiwillig mit. Falls ein Schnelltest positiv ausfällt, folgt ein PCR-Test zur sicheren Bestätigung.

Aber nicht nur die Kleinen, sondern alle Bonndorfer machen bei der Teststrategie der Stadt mit. Im Garagenbereich der Schwarzwald-Apotheke ist eine Corona-Schnellteststation für alle Bürger:innen aufgebaut.

Insgesamt kommt die Stadt auf 3000 Tests pro Woche. Gleichzeitig geht es voran mit dem Impfen. Wichtig ist mir, dass alles getan werden muss, damit noch im Sommer ein Impfangebot für Kinder und Jugendliche gibt.

🙏 Vielen Dank an die vielen Helferinnen und Helfer in Bonndorf für ihre großartige Arbeit vor Ort! So bewältigen wir diese Pandemie.

## Raus aus Corona\_2: Wo die Bad Säckinger Sportler der Schuh drückt



Foto: Alexander Wunderle

Mit Vertretern von sieben Bad Säckinger Sportvereinen haben Bürgermeister Alexander Guhl und Rita Schwarzelühr-Sutter analysiert, wie es gerade um Jugend und Sport in der Trompeterstadt steht. Nach mehr als einem Jahr Corona. Ihre Bilanz: Der Neustart wird mit einigen Schwierigkeiten verbunden sein. Und die Vereine brauchen Unterstützung.

Nicht nur, dass die sportliche Form in allen Altersklassen auf der Strecke geblieben ist, die Vereine fürchten vor allem ums ehrenamtliche Potential. Das bröckelte schon vor der Pandemie, durch die erzwungene Pause ist in vielen Fällen fraglich, wer von den

Trainern und Übungsleiter wieder an den Start gehen wird. Wenn es dann endlich mal wieder losgeht, könnten Anreize wie die erst vor kurzem angehobene Ehrenamtszuschale in dieser Frage hilfreich sein.

Deshalb hoffen die Vereinsvertreter auf die kommenden acht bis zwölf Wochen. Wenn Schul- und Vereinssport dann nicht wieder auf geordnete Bahnen kommt, fürchten sie vor allem auch um die gesundheitlichen Folgen für die Jugendlichen. Nicht nur körperlich, sondern auch verstärkt im sozialen Gefüge und mit Blick auf die psychische Belastung. Konsequente Tests und vor allem auch Impfungen für die jüngeren Altersklassen wären hierfür wichtige Voraussetzungen.

Rita Schwarzelühr-Sutter verwies in diesem Zusammenhang auf die bereits bestehenden finanziellen Unterstützungsangebote des Bundes, insbesondere auf das Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“. Das fördere nicht nur Bildungsangebote, sondern eben auch außerschulische Angebote auf dem Weg zurück in den Normalbetrieb.



[www.schwarzeluehr-sutter.de](http://www.schwarzeluehr-sutter.de)



Foto: Alexander Wunderle

## Exzellenz trotz Corona: Schmetterlingspädagogik verleiht dem Lernen Flügel

Die Alemannenschule Wutöschingen zählt zu den 18 besten Schulen in Deutschland. Beim Deutschen Schulpreis bewies sie, dass mit zukunftsweisenden Lernkonzepten, Herzblut und Kreativität auch während Pandemie und Lockdown junge Menschen bestmögliche Bildung erhalten.

Think & Learn Outside the Box! Es gibt keine Klassenräume, keine starren Stundenpläne und keine alten Schulbücher. Dafür einzelne Arbeitsplätze in großen Lernlandschaften und digitale Tablets für alle.

Die Gemeinschaftsschule öffnet mit „Schmetterlingspädagogik“ starre Unterrichtsstrukturen. Sie stellt das selbstorganisierte Lernen und das „Lernen durch Erleben“ in den Mittelpunkt ihres pädagogischen Handelns.

Insgesamt hatten sich bundesweit 366 Schulen für den Deutschen Schulpreis beworben. Die Alemannenschule Wutöschingen hatten der Kategorie „Selbstorganisiertes Lernen“ den Sieg nur knapp verpasst und damit ein Preisgeld von 5000 Euro gewonnen hat. Darauf kann sie stolz sein.



---

## MdB intervenieren gegen Stellenabbau: Ausbildungsplätze bei Telekom erhalten!

Die Waldshuter SPD-Bundestagsabgeordnete Rita Schwarzelühr-Sutter und der Rottweiler SPD-Bundestagskandidat Mirko Witkowski setzen sich in einem Brief an die Konzernleitung und den Aufsichtsrat der Deutschen Telekom AG für den Erhalt der Ausbildungsplätze und der Plätze für dual Studierende in Rottweil ein. Die Telekom plant den Abbau von bundesweit fast jedem fünften Ausbildungsplatz im kommenden Jahr. Nach diesen Plänen würde am Standort Rottweil die Zahl der Ausbildungsplätze voraussichtlich von 28 auf 20 sinken.

Hatte die Telekom 2005 noch rund 4.000 jungen Menschen in Deutschland eine Ausbildung angeboten, wären es 2022 dann nur noch rund 1.800. „Ein fatales Signal angesichts der aktuell besorgniserregenden Lage auf dem Ausbildungsmarkt“, sagen Rita Schwarzelühr-Sutter und Mirko Witkowski in dem Brief, den sie zusammen mit weiteren Bundestags- und Landtagsabgeordneten sowie Bundestagskandidat\*innen der SPD unterzeichnet haben. Als Konzern, dessen Anteile noch immer zu fast einem Drittel in der Hand des Staates lägen, habe die Telekom eine große gesellschaftliche Verantwortung.

Als größtem Ausbildungsbetrieb der IT- und Telekommunikationsbranche Deutschlands komme der Telekom eine besonders wichtige Rolle zu, weil der Fachkräftemangel in dieser Branche bereits jetzt eklatant sei. Bis 2030 wird nach Untersuchungen mit einem

Mangel von rund 1,1 Millionen Fachkräften gerechnet. „Es wäre ein großer Irrtum, zu glauben, wer bedarfsgerecht ausbilde, wäre davon künftig nicht betroffen“, sagen Rita Schwarzelühr-Sutter und Mirko Witkowski.

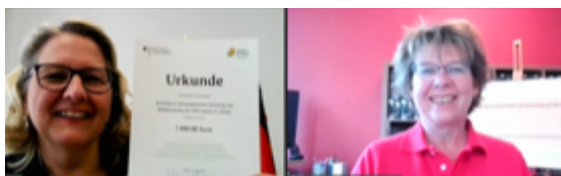
Außerdem haben die Erfahrungen der Corona-Pandemie allen die Herausforderung der Digitalisierung noch einmal sehr bewusst gemacht, für die der Telekom als Grundversorger ebenfalls eine entscheidende Rolle zukomme. „Für diese Herausforderungen kann sich nur rüsten, wer in das gut ausgebildete Personal von Morgen investiert“, heißt es in dem Schreiben. „Mit dem Abbau von Ausbildungsplätzen, gefährdet die Deutsche Telekom AG deshalb auch ihre eigene Zukunft. Wir kennen genügend Beispiele von großen Unternehmen, die unter akutem Personalmangel leiden, nachdem sie nur noch bedarfsgerecht ausgebildet haben“, so die Sozialdemokraten.

Rita Schwarzelühr-Sutter und Mirko Witkowski appellieren daher dringend an Konzernleitung und Aufsichtsrat der Deutschen Telekom, den aktuellen Ausbildungsstand auch langfristig zu sichern, wenn nicht gar zu erhöhen. „Das ist eine Investition in die Zukunft Deutschlands, der Zukunft junger Menschen und die Zukunft des Unternehmens selbst“, so die beiden Abgeordneten.

---

## Förderung vom BMU: Klimaanpassung für das Sozialkaufhaus in Rheinfelden

**Das „Schatzkästlein“ des AWO Kreisverbandes Lörrach hat von Bundesumweltministerin Svenja Schulze einen Förderscheck erhalten. Unterstützt wird damit die Analyse und die klimaangepasste Sanierung des AWO-Hauses, in dem das Sozialkaufhaus beheimatet ist.**



Für die Arbeiterwohlfahrt in Lörrach war es ein wichtiger Tag, als Bundesministerin Svenja Schulze online den Förderbescheid über die Beratung zu einer klimaangepassten Modernisierung des Hauses „Schatzkästlein“ an AWO-Geschäftsführerin Ina Pietschmann (rechts) übergab. Der Bundeszuschuss ist für sie ein wichtiger Beitrag zur Bewältigung der Klimafolgen in dieser Einrichtung. Im Vorfeld hatte die SPD-Bundestagsabgeordnete und Umweltstaatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter die AWO bei der Antragstellung unterstützt.

Mit dem Fördergeld aus dem Konjunktur- und Zukunftspaket will das Bundesumweltministerium (BMU) gegen die Folgen des Klimawandels vorgehen, das Arbeitsumfeld der Beschäftigten anpassen und die Lebensqualität in den Einrichtungen verbessern.

Beispielsweise werden dringend nötiger Sonnen- und Hitzeschutz sowie Beratungen und individuelle Anpassungskonzepte finanziert.

„Die letzten trockenen Sommer mit Hitzewellen haben uns spüren lassen: Der Klimawandel ist in Deutschland angekommen. Doch nicht nur die Umwelt nimmt Schaden, sondern auch wir Menschen. Viele leiden unter andauernden Hitzewellen, Schlafmangel und Kreislaufkrankheiten sind oft die Folge. Für Menschen in Alten- und Pflegeheimen und anderen sozialen Einrichtungen sind Extremwetterereignisse wie Hitze eine enorme Herausforderung. Der Umgang mit dem Klimawandel wird für soziale Dienste ein immer wichtigeres Thema“, sagt Umweltministerin Svenja Schulze.

Mit insgesamt 32 Vorhaben ist die Arbeiterwohlfahrt eine der größten Antragstellerinnen im ersten Förderfenster des Programms zur [Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen](#). Dieses BMU-Förderprogramm richtet sich an Kommunen, gemeinnützige Vereinigungen sowie Organisationen und Unternehmen im Gesundheits- und Sozialwesen. Mit insgesamt 150 Millionen Euro fördert das Bundesumweltministerium bis 2023 individuelle Beratungen, Anpassungskonzepte und konkrete Maßnahmen.

Die hohe Zahl der Anträge, die Ende 2020 im ersten Förderfenster des neuen Programms „Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen“ eingereicht wurde, zeigt, dass die Anpassung an die Folgen des Klimawandels bei Kommunen und Wohlfahrtsverbänden bereits ein wichtiges Thema ist. Innerhalb von sechs Wochen waren aus dem Bundesgebiet rund 600 Anträge mit einem Fördervolumen von fast 100 Millionen Euro eingegangen.

## Das BMU fördert ein beispielhaftes Energie-Netzwerk im Südwesten

**Das Bundesumweltministerium (BMU) fördert ein Netzwerk-Projekt der Energieagentur Südwest mit genau 322.304 Euro. Den Förderbescheid übergab die Umweltschaftssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter jetzt an Jan Münster, den Geschäftsführer der Energieagentur.**



„In den Kommunen wird Klimaschutz konkret. Mit dem Energie-Effizienz-Netzwerk im Südwesten fördern wir ein wegweisendes Klimaschutzprojekt im kommunalen Umfeld“, sagte die Staatssekretärin und Bundestagsabgeordnete in der Onlinerrunde, an der

auch der Vorsitzende der Gesellschafterversammlung der Energieagentur, Landrat Martin Kistler teilnahm.

Am 1. Juli 2021 startet die Energieagentur ihr Energie-Effizienz-Projekt für die beiden Landkreise Lörrach und Waldshut. Ein knappes Dutzend der rund 70 Gemeinden in dieser Region sollen in Klimafragen vernetzt und unterstützt werden. Einige von ihnen haben bereits gute Erfahrungen mit einem Vorgänger-Netzwerk gemacht.

Auf drei Jahre ist die Netzwerkphase angelegt, die aus dem Programm „Klimaschutzprojekte im kommunalen Umfeld“ mit 322.304 Euro bezuschusst wird. Dieses Programm ist Teil der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI), über die das BMU in ganz Deutschland vorbildliche Klimaschutzprojekte fördert. Seit dem Start der Initiative im Jahr 2008 wurden bis Ende 2020 mehr als 35.000 Projekte mit einem Fördervolumen von gesamt rund 1,23 Milliarden Euro unterstützt.

- Gemeindeinterne Koordination von energierelevanten Themen
- Unterstützung bei der Erhebung und Auswertung von Energieverbräuchen
- Energiefachliche Beratung, Analyse und Dokumentation, Sanierungsvorschläge und Handlungsempfehlungen
- Energiefachliche Beratung und Auditierung für Gebäude
- Regenerative Potenziale wie beispielsweise Photovoltaik
- Konzepte zur Öffentlichkeitsarbeit für den Klimaschutz
- Schulung v. Mitarbeiter:innen

## Geld für Denkmalschutz\_1: 40.000 Euro für Fridolin-Merklin-Orgel

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags hat in der vergangenen Woche die Projektliste für das 10. Denkmalschutz-Sonderprogramm des Bundes gebilligt.

40.000 Euro kommen der Reparatur der Orgel in der Pelagiuskirche von Dossenbach zugute. Die wohl einzigartige Orgel des berühmten Orgelbauers Fridolin Merklin gilt es zu erhalten.

## Geld für Denkmalschutz\_2: 110.000 Euro für das Schloss Königsegg

Weitere 110.000 Euro fließen in die Erhaltung von Schloss Königsegg auf der Insel Reichenau. Das spätmittelalterliche Schloss zeichnet sich durch eine einzigartige neoromanische Architektur aus.

Dazu sagt die SPD-Bundestagsabgeordnete Rita Schwarzelühr-Sutter: "Beide Zuschüsse sind gut angelegt, weil damit wertvolle Investitionen in die Pflege unserer südbadischen Kulturlandschaft unterstützt werden".

Mit dem Denkmalschutz-Sonderprogramm unterstützt der Bund dringende Sanierungsarbeiten an kulturell bedeutsamen Denkmälern und historischen Orgeln in ganz Deutschland. Dafür sind im Jahr 2021 Mittel in Höhe von 70 Millionen Euro vorgesehen.



## Bienen lieben die Vielfalt

Insekten und Bienen brauchen ihren Platz. So wie bei uns im Garten des Bundesumweltministeriums. Es ist ein kleines Stadttrevier, in dem sich bienenfleißige Bestäuber nicht nur am Weltbienentag zuhause fühlen. Der war in der vergangenen Woche. Die Bienen sichern aber an jedem! Tag Nahrungsmittel für uns und sind an jedem! Tag sensible Umweltindikatoren in unserem Ökosystem.

Aber Parasiten und Viren, ein einseitiges Nahrungsangebot, der Einsatz chemischer Pflanzenschutzmittel und der Klimawandel gefährden nicht nur die Honigbienen. Bereits 300 Wildbienenarten stehen in Deutschland auf der Roten Liste der gefährdeten Arten.

Um ihnen zu helfen, muss man kein Imker werden. Ein kritischer Blick in den Garten reicht. Dazu einige Tipps vom [Deutschen Imkerbund](#):

- Blühwiesen statt Steingärten und rasengrüne Wüsten
- Verzicht auf chemischen Pflanzenschutz
- Mehr Nisthilfen und Wassertränken



# MITMACHEN!

## Ab sofort für Deutschen Kita-Preis 2022 bewerben

**Die Bewerbungsrunde für den Deutschen Kita-Preis 2022 ist gestartet. Bis 15. Juli werden Vorschläge zur bundesweiten Auszeichnung von besonderer Qualität in der frühen Bildung, Betreuung und Erziehung entgegengenommen.**

„Alle Kinder haben das gleiche Recht auf Bildung und Teilhabe“, sagt die Bundestagsabgeordnete Rita Schwarzelühr-Sutter. Sie ermuntert die Einrichtungen in ihrem Wahlkreis, sich an diesem nationalen Wettbewerb zu beteiligen. Er sei nicht nur eine hohe Auszeichnung und verbunden mit einem Preisgeld. Er sei vor allem ein Gütesiegel dafür, dass großes Fachwissen mit großem Engagement verbunden werde. Und genau diese Kombination sei der Garant für eine gute Versorgung unserer Kinder.

Fünf Kitas und fünf lokale Bündnisse für frühe Bildung werden im Mai 2022 mit einem Preis geehrt. Die Auszeichnung ist mit insgesamt 130.000 Euro dotiert. In beiden Kategorien werden die Erstplatzierten jeweils mit 25.000 Euro für ihr Engagement belohnt. Zudem werden jeweils vier Zweitplatzierte in jeder Kategorie mit jeweils 10.000 Euro ausgezeichnet.

Gesucht werden Einrichtungen, die sich kontinuierlich für gute Qualität in der frühen Bildung einsetzen und dabei die Bedürfnisse der Kinder in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen. Außerdem achtet die Jury bei der Auswahl der Preisträger darauf, wie Kinder, Eltern und pädagogisches Fachpersonal den Alltag mitgestalten können und wie die Zusammenarbeit mit Partnern vor Ort organisiert ist. Es spielt dabei keine Rolle, ob die bewerbende Einrichtung schon ein vollständiges Qualitätskonzept hat. Für den Deutschen Kita-Preis sind auch gute Prozesse und Entwicklungen relevant!

**Die Bewerbungsfrist endet am 15.7.2021.**



Foto: DKJS/ F. Schmitt und A. Wendler

Der Deutsche Kita-Preis ist eine gemeinsame Initiative des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung in Partnerschaft mit der Heinz und Heide Dürr Stiftung, dem ELTERN-Magazin, der Soziallotterie freiheit+ und dem Didacta-Verband.





Liebe Leserin, lieber Leser,

alle Schülerinnen und Schüler sollen mit der neuesten digitalen Technik lernen. Deshalb haben wir mit den Bundesländern in dieser Wahlperiode einen Digitalpakt für moderne Schulen geschlossen. 6,5 Milliarden Euro fließen vom Bund in Schulserver, elektronische Tafeln, Tablets und Laptops. **#WirLiefern**

Und jedes Kind muss die gleiche Chance auf eine gute Kita haben. Mit dem Gute-Kita-Gesetz geben wir dafür 5,5 Milliarden Euro aus und entlasten Eltern bei den Gebühren. Eine zugleich investieren wir eine weitere Milliarde Euro in den Ausbau der Kindertagesbetreuung. **#WirLiefern**

Ich hoffe, Sie hatten eine informative Lektüre! Gerne können Sie sich jederzeit bei mir melden. Wir gehen online und tauschen uns aus. Oder Sie besuchen mich auf meiner Webseite und folgen mir auf Facebook, Twitter und Instagram. Mit den QR-Codes auf einzelnen Seiten dieses Newsletters geht das ganz einfach.

*Ihre  
Rita Schwarzelühr-Sutter*

## Kontakt

### Abgeordnetenbüro Berlin:

Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

T: 030 – 227 73 071

F: 030 – 227 76 173

M: [rita.schwarzeluehr-sutter@bundestag.de](mailto:rita.schwarzeluehr-sutter@bundestag.de)

### Wahlkreisbüro Waldshut-Tiengen:

Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB  
Wallstr. 9 / Kaiserstr. 22  
79761 Waldshut-Tiengen

T: 07751 – 91 76 881

F: 07751 – 91 76 882

M: [rita.schwarzeluehr-sutter.wk@bundestag.de](mailto:rita.schwarzeluehr-sutter.wk@bundestag.de)